

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen kommen am Montag und für den Rest der Woche am Mittwoch und Samstag heraus. — Erhalten meist täglich per Post — Preis 10 Pf. Nr. 23.

Anzeigenpreise für den Anzeiger des Erzgebirges sind in der Preisliste des Anzeigers für das Erzgebirge, Nr. 23, Seite 10, veröffentlicht.

Telegraphische Anzeiger des Erzgebirges. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postbezugsnummer: Amt Leipzig Nr. 1990

Nr. 134

Mittwoch, den 11. Juni 1924

19. Jahrgang

Wie Frankreich die Kriegsent-schädigung von 1871 geleistet hat.

Der im Auftrage des „Wirtschaftsinstituts in Washington“ herausgegebenen Denkschrift über „Deutschlands Zahlungsfähigkeit“ von Moulton u. Coire entnehmen wir folgende Ausführungen:

Die schnelle Bezahlung der Entschädigung von 5 Milliarden Franken, die Frankreich nach dem deutsch-französischen Kriege von 1871 auferlegt war, hat fast einstimmige Bewunderung erregt. Der Friedensvertrag wurde in Frankfurt am 10. Mai 1871 unterzeichnet. Die erste Zahlung erfolgte am 1. Juni 1871. Die letzte Zahlung — sie war erst am 2. März 1874 fällig — wurde am 5. September 1873 geleistet! Im Gegensatz zu den landläufigen Vorstellungen hat das französische Volk diese gewaltige Schuld nicht durch Sparbarkeit und Wirtschaftlichkeit in wenig mehr als zwei Jahren bezahlt. Das ist tatsächlich die Wahrheit, und eine nähere Erläuterung dürfte wohl kaum dazu beitragen, die Legende zu zerstreuen, die die französische Entschädigung und ihre erstaunlich schnelle Begleichung stets umwoben hat.

Die Abkunft des Rätsels ist darin zu finden, daß es nicht dasselbe ist, eine Schuld zu „bezahlen“ und eine für den Gläubiger annehmbare Ausgleichung oder Regelung durchzuführen. Die Bedeutung des Unterschiedes wird erst klar, wenn man die Mittel kennt, durch die die Regierung tatsächlich bewirkt wurde.

Zur Zahlung und zum Ausgleich der Entschädigung, die sich mit Zinsen und Spesen auf 5815 Millionen Franken oder 4250 Millionen Mark belief, wußte man zu folgenden Mitteln: 1. Frankreich übergab Deutschland die Gerechtigkeit des Teiles der Ostbahn der im abgetretenen Gebiet von Elsass-Lothringen lag. Sie wurde auf 825 Millionen Franken bewertet. Da die französische Regierung nicht Eigentümerin dieser Bahn war, mußte sie sich verpflichten, der Eisenbahngesellschaft innerhalb einer angemessenen Frist die genannte Summe zu zahlen. 2. Die deutsche Regierung schuldete der Stadt Paris einen kleinen Betrag — 98 400 Franken —, der auf die Kriegsent-schädigung anzurechnen wurde. 3. Frankreich wurde durch besondere Vereinbarung gestattet, bis zu 125 Millionen Franken in Papiergeld (Noten oder Bank von Frankreich) zu zahlen. 4. Der Betrag von 105 039 145 Franken in deutschen Geldsorten und Banknoten, die größtenteils durch das deutsche Heer nach Frankreich gebracht worden waren, wurde von der französischen Regierung eingezogen und dem deutschen Reich überstellt. 5. Französisches Gold im Betrage von 273 008 058 Franken wurde nach Deutschland geschickt. Von dieser Summe hatte die Bank von Frankreich der französischen Regierung 150 Millionen vorgeschossen. 6. Silber wurde im Betrage von 289 291 876 Franken gegeben, wovon 98 Millionen durch die Bank von Hamburg beschafft wurden. Diese sechs Posten machten zusammen 1 067 482 497 Fr. aus. Der Rest von 4 248 826 874 Fr. wurde durch Uebergabe fremder Devisen an Deutschland beglichen.

Die Frage ist nun: Wie kam die französische Regierung in den Besitz dieser großen Menge fremder Devisen? — Mit anderen Worten: Wie erwarb die französische Regierung das Eigentum an dem Gelde anderer Länder? Erstens gab die französische Regierung zwei große Anleihen aus, die zusammen 5 792 Millionen Franken brachten. Von diesem Betrage wurden ungefähr zwei Fünftel oder 2 316 Millionen Franken im Ausland für ausländisches Geld verkauft, und es ist wahrlich interessant, daß ein bedeutender Teil der so im Ausland untergebrachten Schuldverschreibungen in Deutschland verkauft wurde. Zweitens benutzte man ungefähr 2 Milliarden Franken ausländischer Kapitalanlagen von französischen Staatsangehörigen.

Die französische Regierung hat sich auf die eine oder andere Art nahezu alle Gelder, die sie zur Bezahlung Deutschlands verwendete, geborgt. Sie ließ 825 Millionen Franken von der Ostbahn; sie ließ 805 Millionen von der Bank von Frankreich, wovon 150 Millionen in Gold und 125 Millionen in Papier bei der Zahlung der Entschädigung verwendet wurden; und sie ließ alle die Beträge, die zur Beschaffung der fremden Devisen erforderlich waren. Eine weitere Erklärung der Darlehensgeschäfte der französischen Regierung ergibt sogar, daß sie in den in Frage kommenden Jahren in viel größerem Umfange Schulden einging, als sie durch die gleichzeitige Zahlung der Kriegsent-schädigung tilgte. Während die französische Regierung die Kriegsent-schädigung von 5815 Millionen bezahlte, übernahm sie gleichzeitig neue Verpflichtungen in Höhe von 2050 Millionen Franken.

Diese Zunahme der französischen Schuld hinterließ eine dauernde finanzielle Last. Der Kernpunkt des Zeiles

der beiden Anleihen der zur Beschaffung der Gelder für die Leistung der Entschädigung eingehalten wurde, belief sich auf 5648 Millionen Franken. Die jährliche Zinslast von dieser Summe betrug bei 5 v. H. 277 Millionen Franken. Von dem Zeitpunkt der Begebung der Anleihen bis 1883 mußte dieser Betrag alljährlich in den französischen Haushalt eingestellt werden. Inzwischen scheinen die meisten der Schuldverschreibungen, die aus Ausland verkauft waren, in Frankreich zurückgekauft worden zu sein, und im Jahr 1883 setzte eine Konsolidierung der Zinslast auf 4½ pro Jahr herab und verringerte etwas die Schuld. Von 1883 bis 1894 wurde daher die jährliche Zinslast für die Entschädigung auf 245 Millionen ermäßigt. Von 1894—1902 betrug der Satz nur 3½ v. H., die Zinslast also 190 Millionen Franken. Von 1902 bis zur Gegenwart war der Satz 3 v. H. und die Jahreszinsen, die auf die Entschädigung entfallen beliefen sich auf 165 Millionen Franken.

Es ergibt sich mithin, daß, vom Standpunkt des inneren Finanzproblems aus, Frankreich die Entschädigungslast niemals losgeworden ist. Die bekanntlich sehr große französische öffentliche Schuld, die jahrzehntelang der Finanzverwaltung ernste Verlegenheiten bereitete, ist in nicht geringem Grade unmittelbar auf die Tatsache zurückzuführen, daß das französische Volk niemals durch Sparbarkeit oder schwere Besteuerung die Entschädigung liquidierte.

Wenn man die französische Lage von 1871 mit der deutschen Lage in der Gegenwart vergleicht, wird man finden, daß die Gesamtsumme der französischen Zahlungen 4 Milliarden Mark, nur ein Bruchteil des Opfers waren, das Deutschland bisher schon gebracht hat. Wie Frankreich, so hat auch Deutschland alle verfügbaren Hilfsmittel verwendet, und es hat fast seine gesamten ausländischen Anlagen geopfert. Deutschland aber konnte nicht auf fremden Märkten durch den Verkauf von Schuldverschreibungen Geld borgen. Die Politik seiner Gläubiger hat es daran gehindert, seinen auswärtigen Kredit in normaler Weise selbst auch nur für die Befriedigung ihrer Ansprüche zu verwenden. Der Verlust seiner wichtigsten internationalen Einkommensquellen und die Größe seiner äußeren Verpflichtungen wirkten vereint dahin, seinen auswärtigen Kredit zu zerstreuen, wenn man von den Spekulantenteilen in unzulässiger Währung absieht. Die wichtigsten deutschen Zahlungen erfolgten in der Form der Uebertragung der Handelsflotte und anderer Sachgüter. All diese Zahlungsmittel sind jedoch jetzt so gut wie erschöpft. Deshalb können Zahlungen jetzt nur noch bei aktiver Handelsbilanz geleistet werden.

Rücktritt des Präsidenten Millerand

Georg Siegert

Die französische Kammer hat gestern abend 7 Uhr die Debatte beendet. Der vom Vertreter der zum Blad der Linken gehörenden Parteien eingebrachte Verfassungsantrag ist angenommen worden. Er hat, wie gemeldet, folgenden Wortlaut: „Die Kammer ist entschlossen, mit einem Ministerrat, das durch seine Zusammensetzung die Verneinung der Rechte des Parlaments darstellt, nicht in Verbindung zu treten, selbst die verfassungswidrige Debatte, zu der sie aufgefordert wird, ab und beschließt, jede Entscheidung zu verweigern, die sich für eine Regierung vorstellt, die im Einklang mit den souveränen Rechten des Landes gebildet wird.“

Der Präsident der Republik, Millerand, erklärte den Ministern, die ihm ihre Demission anboten, daß er angesichts der Aussichtslosigkeit aus der Kammer und dem Senat beschloß, abzutreten, zurückzutreten. Er ersuchte das Kabinett, im Amte zu bleiben. Der Ministerrat wird heute vormittag zusammentreten. Die Demission Millerands wird der Kammer und dem Senat in der heutigen Nachmittags-sitzung bekanntgegeben werden.

Millerands Politik.

In der gestrigen nachmittags 3 Uhr in der Kammer vom Ministerpräsidenten Francois Marfal und im Senat vom Justizminister Rattier vorlesenen Botschaft des Präsidenten der Republik heißt es:

„Frankreich dürstet nach Frieden und Freiheit, es will nach außen eine Politik ausüben, die im Einklang mit seinen tiefsten Interessen, Reparationen, Durchführung des Versailler Vertrages und Respektierung öffentlicher diplomatischer Akte gewährt, die die neue europäische Ordnung begründet haben.“

Diese Außenpolitik macht eine Innenpolitik notwendig, die sich von den Lehren des Krieges leiten läßt, die sich auf das Einberufen unter den Franzosen der Achtung vor der Meinung und dem Glauben der anderen und auf das Bestreben gründet, in die so-

zialen Beziehungen immer mehr Gerechtigkeit und Gutes hineinzutragen.

Durch die Bestimmung, daß der Präsident der Republik nur im Falle des Hochverrats verantwortlich ist, hat die Verfassung im nationalen Interesse, der Stabilität und Stetigkeit dafür Sorge zu tragen wollen, daß die Vollmacht des Präsidenten sieben Jahre hindurch vor den Schwankungen der Politik geschützt bleibt. Wenn künftig die Willkür einer Mehrheit den Präsidenten der Republik zwingen könnte sich aus politischen Gründen zurückzuziehen, so wäre der Präsident der Republik nur noch ein Spielball in den Händen der Parteien. Ich habe es abgelehnt, von meinem Posten zu desertieren. Es ist nicht möglich, daß das Parlament sich über die Befehle hinwegsetzt, die beachtet werden müssen. Eine konstitutionelle Frage von solcher Wichtigkeit für die Zukunft der Republik, wie es die durch die gegenwärtige Krise aufgeworfene ist, kann nicht im Halbdunkel durch Entscheidungen einzelner Personen oder Beschlüsse geregelt werden.“

Gegen Kommunisten als Gemeindebeamte.

Eine Verfügung des preussischen Innenministers.

Wie der „Amtliche Preussische Pressedienst“ mitteilt, hat der preussische Innenminister eine Verfügung erlassen, in welcher der Minister die Kommunalverwaltungsbehörden anweist, in Zukunft die Befähigung von Mitgliedern der kommunistischen Partei als unmittelbare und mittelbare Staatsbeamte nur dann zu erteilen, wenn im Einzelfall die pflichtmäßige Amtsführung im Rahmen der bestehenden Staatsordnung und unabhängig von Parteipolitik als gesichert nachgewiesen erscheint. Dasselbe gilt für Angehörige anderer Parteien oder Gruppen, die eine gewalttätige Störung der öffentlichen Ordnung verfolgen und ihre Mitglieder in dieser Richtung binden.

In verschiedenen Fällen haben Stadtverordnete die in den Gemeindeverfassungsgesetzen vorgeschriebene Verpflichtung durch Handschlag abgelehnt. Der Minister hat bestimmt, daß Stadt- und Gemeindeverordnete, die die Verpflichtung ablehnen, ihr Mandat nicht ausüben und an den Sitzungen der Gemeindevertretungen nicht teilnehmen können. Sie sind von den Sitzungen ausgeschlossen. Derselben folgen treten ein, wenn der Stadtverordnete eine ernsthafte Verpflichtung bei Abgabe des Handschlages nicht beabsichtigt hat.

Wie Tschechen das Deutschtum ausröttet.

In letzter Zeit mehren sich die demonstrativen tschechischen Kundgebungen. So war unlängst von nationaldemokratischer Seite für den Fall einer Einbeziehung von Deutschen in die Regierung mit tschechisch-tschechischen Truppen gedroht worden. Im Pflanzartikel der „Moravny Listy“ erklärt der Abgeordnete Pramarsch, daß die allnationale Koalition, die dem tschechischen Staat eine rein tschechische Regierung gebe, um jeden Preis erhalten bleiben müsse. Der nationale Gedanke müsse unbedingt höher stehen als die übertriebenen Forderungen der Demokratie, des Fortschritts und der sozialen Interessen. Der tschechische Staat könne als Nationalstaat einfach nicht bei einer anderen als einer rein tschechischen Regierung bestehen.

Ein tschechisches deutsch-tschechisches Verkehrsabkommen.

Zwischen dem Reichsverkehrsministerium und der tschechisch-tschechischen Verkehrsverwaltung ist am 28. Januar in Olmütz eine Vereinbarung getroffen worden, wonach die deutsche Verwaltung des Gemeinschaftsbahnhofes Gzer im tschechischen Dienstverkehr mit den Tschechen der tschechischen Sprache bedient und zu dem Zwecke die betreffenden reichsdeutschen Beamten aus Reichsmitteln in der tschechischen Sprache ausgebildet werden. Für die wechselseitige Uebersetzung stellt die tschechische Regierung ausschließlich Beamte zur Verfügung.

Ansprüche der Tschechen auf deutschen Besitz.

Nach einem in Warnsdorf eingegangenen Telegramm aus Prag lag der letzte Sitzung des Klubs der tschechischen nationaldemokratischen Abgeordneten die Forderung der nordböhmischen tschechischen Widerstandsverbände, die Reichsberg, vor, welche verlangt, daß die im reichsdeutschen Besitze (Eisenbahndirektion Dresden) befindliche Bahnlinie Hittau—Grottau—Reichenberg von der tschechischen Staatsverwaltung übernommen werde. Schon öfter sind Gerüchte aufgetaucht, daß zwischen den beiden Staaten Verhandlungen wegen der Uebergabe der reichsdeutschen Bahnstrecken (nach Gzer, durch Warnsdorf—Altwarnsdorf, nach Reichenberg) stattfänden, doch wurden diese Meldungen jedesmal dementiert. Das Streben der Tschechen geht aber schon aus strategischen Gründen nach dem Besitze der wichtigen Bahnstrecke Hittau—Reichenberg, die das wichtige industrielle Reichenberger (Reichenberg ist große Garnisonstadt) Vorland mit der Tschechien verbindet.

Staatliche Zusammenkünfte in Graz.

In Graz fand am Sonntag ein Fest der Frontkämpfervereinigung statt, zu welchem auch ungefähr 800 Personen aus Wien, zum Teil ehemalige Offiziere, erschienen. Von ihnen waren viele in der Frontkämpferuniform mit ihren Ordensauszeichnungen gekommen. Sozialisten und Kommunisten hatten eine Gegen demonstration eingeleitet, und nach der Feldmesse kam es zu heftigen Zusammenstößen. Inbalde und Kriegsgläubige waren zu Fuß und im Lastautos herangerückt. Eine Gruppe von Inbaliden stürzte sich auf die Fahne der Frontkämpfer und geriet dieselbe. Dabei kam es zu einem blutigen Handgemenge, die Frontkämpfer schlugen mit Säbeln und Gummiknüppeln auf die Inbaliden los. Die Inbaliden schleuderten Steine und bewarfen auch Eisenstangen und Stöcke. Es wurden 12 Personen, darunter ein Oberst, schwer verletzt. Mehr als dreihundert Personen erlitten leichte Verletzungen. Besonders heftig demonstrierten die Inbaliden gegen den Landesbauernführer von Steiermark, den sie mit den Wufen empfinden: „Nieder mit den Monarchisten! Wir wollen nie mehr Krieg haben!“

Wachsende Monarchistenbewegung in Russland.

Nach weiteren Mitteilungen, die über Helsinki zu uns gelangt sind, sind in den Pfingsttagen mehrere bekannte Mitglieder der russischen Aristokratie von der Tschecha aufgegriffen und verhaftet worden, weil sie monarchistische Propagandakrisen unter die Bevölkerung verteilt haben. Vor einigen Tagen wurden auch Fürst Nikolai, verhaftet. Der bekannte Fürst Goltshin ist im Kreml eingesperrt und wurde zum Tode verurteilt. Es muß auffallen, daß trotz der großen Gefahr jetzt die Monarchisten energischer als je zuvor ihre Propaganda betreiben, seit sich der Großfürst Nikolai Nikolajewitsch offiziell an die Spitze der monarchistischen Bewegung gestellt hat. Die Zahl der monarchistischen Agenten, die von der Bevölkerung gedeckt werden, wächst dauernd. Im Auslande, namentlich in Frankreich, Serbien und in der Tschechoslowakei sammeln sich gleichfalls die verschiedenen monarchistischen Gruppen, um im gegebenen Moment bereit zu sein. Auch in Berlin findet am Dienstagabend im Flugverbands-Hause eine Versammlung führender russischer Monarchisten statt, auf der der letzte Aufruf des Großfürsten behandelt und Fonds gesammelt werden, die dem Großfürsten zur Verfügung gestellt werden sollen.

Aufhebung der Ausreiseperrre? Das Reichskabinett wird heute zu der ersten Sitzung nach den Feiertagen zusammen treten. Wie wir erfahren, wird in dieser Sitzung eine endgültige Stellungnahme der Reichsregierung zu der Ausreiseperrre und zu den Ausreisegeldern erfolgen. Wir hatten bereits mitgeteilt, daß keine Erhöhung der Ausreisegeldobergrenze beabsichtigt ist, sondern nur eine strengere Kontrolle. Inzwischen hat die demokratische Reichstagsfraktion einen Antrag auf Befreiung der Ausreiseperrre überhaupt im Reichstag eingebracht.

Verhandlungen mit den Eisenbahnern. In der Streitbewegung der deutschen Eisenbahner hat am Sonnabend die Vermittlung des Reichsverkehrsministers eingeleitet. Er hat die Gewerkschaftsvertreter der deutschen Eisenbahner zum 18. Juni zu Verhandlungen nach Berlin geladen. Der auf den 18. Juni lautende Generalkonferenzbeschluss der kommunistischen Betriebsräte der Eisenbahnerverbände wird von den Gewerkschaften abgelehnt, die ihre Mitglieder vor der Teilnahme an dem Streik warnen.

Das Chamäleon.

Von Sven Elvestad.
Autorisierte Uebersetzung von Gertrud Bauer.
(19. Fortsetzung.)

Der Deutnant starrte seine Augen an. Die Gestalt kam jetzt auf den Hof, und er erkannte nun auch, daß es eine Frau war. Sie blieb stehen und sah sich um, als ob sie bange wäre, sie könnte jemand begegnen, und schlich sich dann im Schatten des Gartenganges hin. Als sie im dunklen Mondschein wieder auftauchte, konnten die beiden Männer sie nur einen Augenblick sehen, dann verschwand sie an der Hauswand vor ihren Blicken.

Deutnant Rosenkrantz wollte den Hausherposten in aller Hast verlassen, aber Ushjörn fragte ihn zurück: „Wohin?“ fragte er barsch.

„Hinter. Ich will sehen, wer das ist.“

„Warten Sie.“

Krag beugte sich vor und horchte; eine Welle blieb alles still. Dann vernahm er von unten einen leichten Laut, der gleichsam von den alten Wänden aufgesaugt wurde, einen schwachen Laut behutsamer Tritte, darauf ein stärkeres Knacken; eine Tür wurde vorsichtig geöffnet und wieder geschlossen. Dann war alles still. Sie horchten noch mehrere Minuten. Kein Laut mehr.

„Vielleicht kommt sie hierher,“ flüsterte Rosenkrantz, indem er den langen Gang entlangstarrte.

„Nein,“ behauptete Krag entschieden. „Das tut sie nicht.“

„Ich gebe ein Jahr meines Lebens darum, wenn ich Ihr Gesicht sehen könnte.“

„Das ist nicht nötig,“ meinte Krag. „Sie sollen erfahren, wer sie ist, wenn Sie mir versprechen, sich nicht zu weit zu legen und keinem Menschen zu erzählen, was Sie heute nach gesehen haben.“

„Das verspreche ich,“ aber wie wollen Sie mir helfen können, wer sie ist? Sie haben doch auch nicht mehr gesehen als ich.“

„Ich habe sie erkannt. Es war Fräulein Duffe Jerne, die Richtige des Generals.“

Der Deutnant fuhr zurück.

„Sie!“ rief er. „Was zum Teufel —“

Schwarz-rot-goldenen Kohorten. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, hat die Reichseisenbahnverwaltung angeordnet, daß ihre sämtlichen Beamten bis zum 22. Juni in dem Besitz des neuen schwarz-rot-goldenen Kokarde sein müssen. Die anderen Behörden, deren Beamte Uniform tragen (Steuer und Post) werden demnach ebenfalls Bestimmungen zum Tragen der neuen Kokarde erlassen.

Protest gegen die Internationalisierung der Reichsbahnen. Die Vertreter der deutschen Eisenbahner-Organisationen haben am Sonnabend ihren Protest gegen die Internationalisierung der deutschen Reichsbahnen übermitteln. Der Protest erfolgte im Namen von 650 000 deutschen Eisenbahnern.

Was will die Wirtschaftspartei? Aus parlamentarischen Kreisen wird uns geschrieben: Im Reichstag ist viel bemerkt worden, daß die famose Deutsche Wirtschaftspartei in der großen politischen Aussprache über die Regierungserklärung ausgerechnet einen Welsen als Fraktionsredner vorgeschickt hat, und daß dieser Welsen dem neuen Kabinett das Mißtrauen lediglich auf Grund der Tatsache ausgesprochen hat, daß die Reichsregierung die hannoversche Volksabstimmung in einem den Welsen ungunstigen Sinne beeinflusst habe. Sind denn die Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung sämtlich Welsen? Wieser hat man davon nichts gewußt und angenommen, daß sich diese machtlose Gruppe des Reichstages aus Abgeordneten zusammensetze, die in den verschiedenen Teilen Deutschlands gewählt sind und die aller verschiedensten Wirtschaftsinteressen zu vertreten übernommen haben. Politisch war die Gruppe bis dahin nicht abgestempelt. Soll sie nun einheitlich Welsenpolitik treiben?

13 Parteien in Anhalt! Ein Bild bedauerlicher Bürgerlicher Zersplitterung ergeben die bei der Regierung eingereichten Wahlvorschlüge zur anhaltischen Landtagswahl. Es sind nicht weniger denn 13 Parteien, die gegeneinander kämpfen.

Litwinoff in London. Wie der „Daily Herald“ berichtet, ist Litwinoff aus Moskau in London angetroffen und wird an der nächsten Sitzung der englisch-russischen Konferenz teilnehmen.

Die albanischen Regierungstruppen besieg. „Morningpost“ meldet, daß nach den letzten Berichten über den Aufstand in Albanien die Lage für die Regierungstruppen ungünstig sei; sie würden hart bedrängt. Einem Telegramm zufolge habe die südtliche Nationalarmee noch eine zweitägige Schlacht die Regierungstruppen besieg. Ganz Süd-Albanien stehe, wie es heißt, auf Seiten der Aufständischen.

Dames amerikanischer Vizepräsident? Nach Meldungen aus Cleveland sind alle Vorbereitungen für die feierliche Eröffnung des Nationalkonvents der Republikanischen Partei am Dienstag getroffen worden. Es wird bestätigt, daß Dames wegen seiner Verdienste in der Reparationsfrage für den Vizepräsidentenposten in Vorschlag gebracht werden wird.

Von Stadt und Land.

Aus, 11. Juni.

Schwere Vorwürfe gegen die sächsische Regierung.

In einem „offenen Briefe“ an die sächsische Staatsregierung bezog an den Ministerpräsidenten Heib, beschäftigt sich Oberst a. D. G. Richter in ausführlicher Weise mit der Wiederherstellung der feineren Kultur während des Anarchismus durch den Landeskommandanten General Müller abgesetzten sozialdemokratischen Polizeioffiziere, Major Knecht und der Hauptleute Reibel und Doffer. Am Schluß des offenen Briefes schreibt Oberst Richter: „Wir fragen uns, wie es Minister über sich gewinnen können, in solch eklatanter Weise ihr Ehrenwort zu brechen. Nach den Abmachungen zwischen sächsischer Regierung und Reichsregierung haben Sie persönlich, Herr Ministerpräsident und der Minister des Innern, Herr Müller, der Reichsregierung bindend zugesagt: 1. die Personalbesetzung der Polizei mit den Koalitions-

parteiern zu vereinbaren und

2. hierbei alles zu vermeiden, was geeignet wäre, den General Müller zu desavouieren oder seine Autorität zu verletzen.

Ist es bereits schon im Privatleben als zumindestens anständig, auf Treu und Glauben abgeschlossene Abmachungen zu verletzen, so ist für Verletzung von Abmachungen zwischen zwei deutschen Regierungen, Reich und Staat, kein Ausdruck für ihre Kennzeichnung zu hart. Derartige Verletzungen gegen das Gebot von Vertragstreue, verübt von deutschen Ministern, müssen die Verhältnisse zwischen Reich und Staat unheilvoll beeinflussen und sind ferner nicht dazu angetan, die ohnehin tief gesunkene Moral im deutschen Volke zu heben. Nichts wirkt stückerbender als das schlechte Beispiel von oben. Sie, Herr Ministerpräsident, tragen als solcher die Verantwortung für diese unverantwortliche Regierungshandlung, in erhöhtem Maße aber deshalb, weil Sie die in Frage stehenden Abmachungen mit der Reichsregierung persönlich getroffen haben. Wollen Sie den schweren Vorwurf der Vertragsuntreue, der jetzt auf Ihnen, wie dem Herrn Minister Müller lastet, zurückweisen, so würde Ihnen Gelegenheit dadurch geboten, daß ich Sie bitte, folgende Fragen zu beantworten:

1. Haben alle Koalitionsparteien durch die drei sächsischen Minister ihres Ministeriums der Rückberufung der drei Polizeioffiziere zugestimmt?

2. Hat Herr General Müller Sie gebittet? Wenn nicht, wie verträgt sich dann Ihre Maßregel mit Ihrer, der Reichsregierung gegebenen Auflage?

Der offene Brief, der dem höchsten Beamten des Staates Bruch des Ehrenworts und der Vertragstreue vorwirft, muß selbstverständlich großes Aufsehen erregen und wird nicht ohne Folgen bleiben. Die drei Offiziere sind nicht in den Exekutivdienst der Polizei wieder eingestellt, sondern lediglich in den Bureaubienst und zwar aus dem Grunde, weil sie auf gesetzmäßigem Wege nicht abzuwehren waren, also ihr Gehalt ohne irgendwelche Gegenleistungen hätten weiterbezogen müssen. Oberst a. D. Richter spielte bis vor kurzem noch in der Deutschen Volkspartei eine gewisse Rolle, die er jetzt verläßt hat mit seinem Eintritt in die Deutschnationale Volkspartei wo er sofort in alle möglichen Ehrenämter kam. Oberst Richter scheint sich mit diesem offenen Briefe bei der Deutschnationalen Volkspartei richtig einzuweisen zu wollen.

Die Reform des höheren Schulwesens in Sachsen.

Bekanntlich hat die sächsische Koalitionsregierung als eine ihrer ersten Taten die Überführung des Ministeriums Dr. Wänke verfaßt, der das sächsische höhere Schulwesen durch eine sozialistische „Reform“ auf den Kopf stellen wollte. An seiner Stelle ist der besonnene frühere demokratische Abgeordnete und Universitätsprofessor Dr. Meise-Waldert mit der Reform des höheren Schulwesens, die ja überall eine Notwendigkeit ist, betraut worden. Die neuere Geschichte der sächsischen höheren Schulen zeigt deutlich eine starke Tendenz zum Anfall der Realschulen, Realschulmatten und Reformgymnasien. In ganz Sachsen gibt es nur noch zwei rein humanistische Gymnasien: die Kreuzschule in Dresden und das Albertgymnasium in Leipzig. Selbst die altberühmten Fürstenschulen in Meißen und Grimma sind bekanntlich zu Reformgymnasien umgewandelt worden, da ihr Weiterbestand sonst in Frage gestellt worden wäre. In sie können jetzt mit Hilfe von Förderklassen auch begabte Volksschüler abtreten. Die vorhandenen Gymnasien, soweit sie sich als lebensfähig erweisen, sollen erhalten bleiben. Im übrigen ist laut „DRN.“ geplant, für alle sonstigen Zweige der höheren Schule einen gemeinsamen dreijährigen Unterbau (Sexta bis Quarta) zu schaffen mit einer fremden Sprache, so daß erst in Untertertia die Entscheidung über die Schulart gefällt zu werden braucht die der Schüler weiter be-

Aber Ushjörn fragte ihn beruhigend die Hand auf die Schulter und sagte:

„Gute Nacht, Rosenkrantz. Vergessen Sie Ihr Versprechen nicht.“

— — — Als Ushjörn Krag am nächsten Morgen gegen neun Uhr ins Frühstückszimmer kam, war das erste, was er sah, das helle und freundliche Gesicht von Fräulein Duffe. Sie grüßte mit verhehlter Überraschung: „Ich grüße den berühmten Kunstschüler!“ sagte sie. „Es ist mir eine hohe Ehre. Und es war wirklich lebenswichtig von Ihnen, die Kanonade nicht die ganze Nacht hindurch fortzusetzen.“

„Ich hoffe, gnädiges Fräulein, Ihre nächtliche Ruhe ist nicht gestört worden,“ sagte Krag.

„Durchaus nicht, Herr Kandidat,“ gab sie zur Antwort. „Ich wollte aber, sie würde einmal gestört wie die des Herrn Barons.“

Erst jetzt wurde Krag darauf aufmerksam, daß sich auch Rosenkrantz im Zimmer befand. Er sah im finsternen Winkel und starrte mit seinen schwermütigen Augen vor sich hin.

„Was meinen Sie, gnädiges Fräulein?“ fragte er.

„Ich meine, daß ich das Gesicht auch gern sehen möchte.“

Ushjörn Krag runzelte die Stirn.

„Hat Ihnen mein leichtsinziger Freund Rosenkrantz einen Schrecken eingejagt, gnädiges Fräulein?“

Rosenkrantz verstand gut, was er meinte, und beugte sich vor, zu antworten:

„Nein, aber Fräulein Duffe hat mit den Dienstmädchen geschwätzt. Auch mir sind diese Küchengeschichten zu Ohren gekommen.“

„Denken Sie nur, wie wunderbar!“ fuhr Fräulein Duffe fort. „Es ist genau wie auf einem alten Ritter-

schloß. Denken Sie doch nur, ein Gespenst! Ob es wohl eine weiße Dame ist? Ich treue mich wirklich auf einen kleinen Schreck. Ich hätte, das Gesicht wird die Lebensversicherung haben, sich auch mir zu zeigen. Die Leute behaupten, es sei ein Verführer, der wieder umgehe. Wer das wohl sein kann? Was meinen Sie, Herr Kandidat?“

„Ich glaube überhaupt nicht an Gespenster gnädiges Fräulein,“ erwiderte Krag, indem er lächelnd auf sie zutrat.

Sofort machte sie ein Pfänchen.

„Nun, wie feierlich und langweilig!“ sagte sie.

„Aber da erstarb Krag ihre Hand, schaute ihr in die Augen und sagte:

„Wenn ich Ihnen damit einen Dienst erweise, will ich gern an Gespenster glauben, gnädiges Fräulein.“

Achtzehntes Kapitel.

Ingenieur Stener.

Fräulein Duffe warf einen raschen, forschenden Blick auf den Detektiv, und gerade so lange war sie auch ernsthaft, aber dann lachte sie wieder, schlug Ushjörn Krag scherzend auf den Arm und sagte:

„Wester Herr Kandidat, was wollen Sie damit sagen? Ich werde Sie doch zu nichts zwingen!“

„Gleich darauf verließ sie das Zimmer, und Ushjörn Krag und Rosenkrantz blieben allein.“

„Sie sehen so nachdenklich aus,“ bemerkte der Detektiv. „Ist Ihnen etwas wider den Strich gegangen?“

„Nein, nichts,“ versetzte der Deutnant. „Wer ich habe eine halbstündige Unterredung mit dem kleinen Teufel gehabt.“

„Und mit dem kleinen Teufel meinen Sie vermutlich Fräulein Duffe?“

„Ja, ich fühle mich immer etwas erschöpft, wenn ich mit ihr gesprochen habe. Eine Anstrengung so früh am Tage schäme ich nicht, und es ist wirklich anstrengend, ihren Ausfällen Widerpart zu halten.“

Krag schaute sich schweigend rund im Zimmer um.

„Alte Bilder!“ sagte er dann. „Vermutlich sehr wertvolle Kunstwerke.“

Der Deutnant lachte.

„Nein, Sie sind klassisch!“ rief er. „Das heißen Sie alte Kunstwerke! Hier haben Sie einen Geyanne und hier einen Corot. Der Bruder des Generals war Kunstsammler.“

„Nein, so was! Ist das da ein Familienbildnis?“

Der Deutnant schaute ihn vorfönd an.

„Hören Sie, lieber Freund, wollen wir nicht lieber von etwas anderem reden?“

„Doch, gerne. Wie lange geht es wohl, daß ich hier unter falschem Namen aufträte?“

„So lange, als Sie selbst es wünschen.“

(Fortsetzung folgt.)

haben soll Ein weiterer Mittelbildungsweg... nach Unterfindung verlangt werden. Begabten Volksschülern soll auch hier durch Förderklassen der Redebetrieb ermöglicht werden. Die Reifeprüfung soll beibehalten werden... Die Reifeprüfung soll beibehalten werden... Die Reifeprüfung soll beibehalten werden...

denkel" um Begünstigung seiner Mitglieber bei Verteilung von Liebesgaben. 6. Vertrag wegen des Ausweidens der Stadt Kus aus dem Bezirk Oberband. 9. Ortsgericht für den Bezirksfürsorgeverband. 10. Beantwortung einer kleinen Anfrage.

Table with 4 columns: Item, Quantity, Price, and Notes. Includes items like 'Ochsen 1. Qualität', 'Rälber 1. Qualität', 'Bullen 1.', 'Kälber und Rälber'.

Konzerte. Auf das Konzert im Schützenhausgarten, das heute abend stattfindet, verweisen wir nicht, auch an dieser Stelle aufmerksam zu machen. Es ist das erste diesjährige Gartenkonzert, das darselbst veranstaltet wird...

Schneeberg. Haushaltplan. - Bürgerjubiläum. Die Stadtverordneten genehmigten nach langen unfruchtbaren Beratungen, die fast zwei Sitzungen ausfüllten, den mit je 850 236 Mark in Einnahmen und Ausgaben abschließenden Haushalt im ganzen und großen nach der Vorlage, ebenso nochmals 1000 Mark für die streitenden Bergleute, welcher Betrag vom Rate abgelehnt worden war.

Beierfeld. Einbruch im Gasthof „Zum Aliberturm“. In der Nacht zum 4. d. M. ist der Verkaufsladen des dem Feinstoffhändler Fischer hier gehörigen Gasthofs „Zum Aliberturm“ erbrochen und daraus 2000 Rigaretten, 100 Rigaretten, 40 Pfund Wurst, 15 Pfund gekochter Schinken, 200 Tafeln Schokolade, 10 Flaschen Wein und 3 Kartons Datteln im Werte von fast 400 Mark gestohlen worden.

Hammerbrook. Frostschaden. Die jungen Rattribe in den Kulturen unserer höher gelegenen Waldungen sind leider der kalten Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag der vorigen Woche zum Opfer gefallen. Diese sind sämtlich erfroren und sehen vergilbt aus.

Schneid L. B. Waldbeeren. Mit den Heidel- oder Schwarbbeeren, die heuer in besonderer Menge und Größe heranpflücken, gehen auch die Waldbeeren an sonnigen Hängen bereits der Reife entgegen. Auf freigelegenen „Rauhen“ und an geschützten Waldabhängern steht die Preiselbeere in voller Blüte; die Waldhimbeere und die Brombeere beginnen ihre Blütentrispchen zu entfalten und versprechen allesamt eine reiche, lohnende Ernte.

Carlsefeld. Tot aufgefunden wurde am 4. d. M. im Carlsefelder Staatsforstrevier am Jagen. Stabhammerweg ein Unbekannter, in dem der 51 Jahre alte Arzt Dr. Böpel aus Beyreuth festgesetzt wurde. Neben dem Toten lagen vier leere Flaschen, die anscheinend Gift enthalten hatten, woraus zu schließen ist, daß sich der Aufgefundene vergiftet hat.

Abort. Folgen des Alkohols. Am Freitag früh wurde in Brambach ein Rixusbefreier verhaftet und in das hiesige Gerichtsgefängnis eingeliefert. Er wird beschuldigt, den Tod des Holzhändlers Walter Fischer in Brambach herbeigeführt zu haben. Am Freitag früh gegen 4 Uhr verfuhr der Holzhändler Fischer, der dem Alkohol etwas reichlich zugefallen haben soll, und der sich in Gesellschaft einiger Bekannter befand, den Wohnwagen des Rixusbefreiers mit einer Winde zu heben und zum Umsturz zu bringen. Der Wagen stand dicht neben einem Bach, wäre also in diesen hineingefallen. Der Befreier stürzte erkrankt, stellte Fischer nur Rede und schlug schließlich mit einer Wagenrunge auf ihn ein, wobei er ihn an den Kopf traf. Fischer wurde dann von seinen Begleitern heimgeschafft. Am Freitag früh 7 Uhr ist er nun einem Herzschlag erlegen. Die Untersuchung hat ergeben, daß nicht der Schlag mit der Wagenrunge die Todesursache gewesen ist.

Geier. Die Bestrafung. Am Dienstagmorgen erschoß in Dormersdorf ein 24 Jahre alter verheirateter Handlungsgeldhilfe eine 18 Jahre alte Fabrikarbeiterin und verübte darauf Selbstmord. Beide stammen aus Tannenbera. Der Grund liegt scheinbar in den Beziehungen der beiden Leute, die miteinander ein Liebesverhältnis unterhalten.

Stolpen. Zur Förderung der Seidenraupenzucht. Das Straßenbauamt ließ an der Bahnhofstraße Rechte zur Anpflanzung von Maulbeerbäumen herstellen, die zur Zucht der Seidenraupenzucht dienen sollten, um bestimmten Volksschichten, wie Kleintrentnern und Witwen, einen leichteren Erwerb zu bieten.

Kommunisten misshandeln einen Verdorren Polizeisten. Belegentlich der Beerdigung des an den Folgen einer Schußverletzung verstorbenen Arbeiters Max Dammert kam es am Freitag zu ersten Zusammenstößen zwischen der Polizei und Teilnehmern eines Demonstrationstuges in Verdorren. Als an der Demonstration, die sich nach einem amtlichen Bericht in der Hauptfrage aus Erwerbslosen zusammensetzte, die Aufforderung gerichtet wurde, die roten Fahnen zu ent-

lernen oder einzuziehen, wurden Rufe laut: „Samt die Fahnenbande tot, trachtet das Pumpengehäusel zusammen.“ Schließlich wurde der Polizeiführer von einer großen Zahl Personen umringt und geschlagen. Darauf hielt der Beamte die Hände verdorren gehaltenen Dienstwirts her vor, um die Menge vor weiteren Tätlichkeiten abzuhalten.

Schließlich schloß er sich von hinten gepackt, er wurde zu Boden gestoßen und mit den Worten: „So, du Hund, jetzt ist deine letzte Stunde gekommen, lebend kommst du nicht mehr vom Plage“ und ähnliche Reden, mit Gummihäufeln und Schlagringen traktiert.

Die Redelüster verschwanden schließlich. Die übrigen Schulkleute ergannen die Einrollung der Fahnen, auf dem Wege zum Friedhofe wurden diese jedoch wieder entfaltet. Von weiterem Einschreiten wurde abgesehen, da der Zug beim Betreten der Schulkleute den Friedhof erreicht hatte. Nach dem Verlassen desselben wurden die Haupttäter verhaftet. Einer von ihnen hatte einen scharfgeschliffenen Dolch und einen Schlagring bei sich.

Letzte Drahtnachrichten.

Bericht des Reichspräsidenten. Berlin, 11. Juni. Die kommunistische Zeitung „Der Klassenkampf“ in Halle ist vom Oberpräsidenten der Provinz Sachsen vom 10. bis zum 28. Juni verboten worden.

Sachverständigen wegen Landbesitzverstoß. Stuttgart, 11. Juni. Vom Oberlandesgericht wurden der Buchdrucker Karl Schwarz wegen verurteilter Ausübung militärischer Geheimnisse zu 8 1/2 Jahren Zuchthaus und 6 Jahren Ehrenrechtsverlust und der Schützmeyer Kungelmann wegen vollendeten Landesverrats und verurteilter Ausübung militärischer Geheimnisse zu derselben Zuchthausstrafe und 6 Jahren Ehrenrechtsverlust verurteilt.

Kurs der Völkervereinigung. Genf, 10. Juni. Anlässlich der am Mittwoch beginnenden Tagung des Völkervereinigungsrates sind einige deutsche Unterhändler aus den deutsch-polnischen Verhandlungen über die Minderheitenfrage, darunter Staatssekretär a. D. Graw, hier eingetroffen um gegen Polen die deutschen Forderungen auf Achtung des Status quo bis zum Abschluss eines Abkommens zu unterstützen. Der Völkervereinigungsrat wird u. a. einen Bericht über die erfolglosen deutsch-polnischen Verhandlungen in Wien entgegennehmen. Ferner wird der Dreierauschuss des Völkervereinigungsrates für die Sicherheitsfrage von dem Vorschlag des nach Polen entsandten Unterkommissars Billimore über die Entschärfung der deutschen Kasse die Kenntnis nehmen. In Sachen der Saarfrage wird der Völkervereinigungsrat nicht nur mit dem englischen Antrage auf Freigabe der Verantwortlichkeit der einzelnen Mitglieder der Regierungskommission sich zu befassen haben, sondern auch zu zwei Raten der deutschen Regierung über die Saarfrage Stellung nehmen müssen. Die erste Rate erachtet den Völkervereinigungsrat um Festsetzung einer Frist für die Einlegung französischer Truppen im Saargebiet, die zweite protestiere gegen die Verhinderung zollfreier Einfuhr gewisser deutscher Waren in das Saargebiet.

Der Reichspräsident gratuliert Richard Strauß. Berlin, 10. Juni. Der Reichspräsident hat an Generalmajor Richard Strauß, der heute seinen 60. Geburtstag begeht, ein Glückwunschtelegramm gerichtet, in dem er ihn als wertvollen Helfer deutschen Rußlandens preist.

Auslösung des Konfliktes Japan-Amerika. London, 11. Juni. Daily Express berichtet aus New York, daß die Unzufriedenheit in Japan über die amerikanische Einwanderungsbill eine drohende Gefahr annehme. Erste Folgen würden von japanischen Boten in Washington Danihara vorausgesagt, wenn der Wortlaut der Antwort der amerikanischen Regierung über den Protest veröffentlicht wird. Berichte aus Tokio zeigen, daß das japanische Auswärtige Amt ernstlich über die Lage beunruhigt sei. Amerikaner in Tokio beklagen eine gewisse Nervosität. Wer es könne, verlasse Japan ohne Verzug.

London, 11. Juni. Times meldet aus Tokio, daß der Graf Kato ein Kabinett gebildet hat, in dem der vormalige japanische Botschafter in Washington Baron Schibehara Minister des Äußeren ist.

Amtliche Bekanntmachungen.

Versteigerung.

Am Donnerstag, den 12. Juni 1924, vormittags 10 Uhr sollen im Versteigerungsraum des Amtsgerichts Kus ein größerer Posten Aluminiumwaren z. B. Eierteller, Kafferschalen, Eierbecher, Kanne, und Teedosen, Schüssel, Fischlöffel, Durchschläge, Seifenschalen, Trichter und Rahnstärkenhalter, ein Behälter mit etwa 80 Kilo Autoöl und ein Ballen Packpapier gegen sofortige Barzahlung öffentlich versteigert werden. Kus, den 11. Juni 1924. Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Wahlen zur Bezirksversammlung.

(3. und 4. Wahlkreis.) Die Feststellung des Wahlergebnisses bei den Wahlen zur Bezirksversammlung findet im 3. Wahlkreis Dienstag, den 17. Juni 1924, nachmittags 4 1/2 Uhr im Rathaus, Zimmer Nr. 23 statt. Die Wahlhandlung ist öffentlich. Schneeberg, den 11. Juni 1924. Der Wahlkommissar. Epperlein, Stadtrat.

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Paul Goldmann. Druck u. Verl.: Kurier-Druck- u. Verlagsanstalt, m. b. H. Kus.

Heute abend 8 Uhr im Bürgergartensaal Gas-Lehr-Vortrag.

Die Dresdner Städtebauwoche.

Die Dresdner Städtebauwoche, die vom 1. bis 7. Juni in Dresden stattfand, hat eine Fülle von Vorträgen gebracht, aus denen wir einige Hauptgedanken wiedergeben. Oberregierungsrat Dr. Ratowitsch, Leipzig, sprach sich bei einem Vortrag über die Ortserweiterungspläne für wirtschaftliche Planungen, die den Boden am zweckmäßigsten ausnützen, aus. Es genüge nicht, nur Ortserweiterungspläne aufzustellen, sondern man müsse für eine große wirtschaftliche Landesplanung sorgen. Die bevorstehende Umgestaltung des sächsischen Baugesetzes werde hinsichtlich der für Handhaben ergeben. Ueber „Hochhaus und Städtebau“ sprach Oberbauamt Prof. Ruesmann, Dresden. Er wies darauf hin, daß über 10 bis 15 Stockwerk hohe Häuser eine nicht unerhebliche Verteuerung des Raumes mit sich bringen, durch Benutzung der unteren Räume durch die Menge der Fahrstühle und die Verengung des Verkehrs in solchen Gegenden. Im allgemeinen werde man sich in Deutschland auf das mittlere Hochhaus von zehn bis höchstens fünfzehn Geschossen beschränken müssen. In einem Vortrag über „Eparische Bauweise im Wohnungsbau“ betonte Regierungsrat Stegemann, der Direktor der Landesbauverwaltung, daß geparkt werden könne durch Anwendung des Tasterlagers in der Arbeitsweise, durch Verwendung von großformatigen Holzriegelsteinen an Stelle der massiven Kleingiegelsteine, durch Verwendung großformatiger Bausteine aus Kies oder Schlackenbeton, endlich aber auch durch allgemeinen Uebergang zur Stukkbauweise, bei der das Haus gewissermaßen in Formen „gegossen“ wird, sobald Herstellung des Gesteins und Bau des Mauerwerks zu einem Vorgang sich einen. Oberbauamt Hager, Dresden, sprach über „Die Gestaltung der Siedlung“, die aus praktischen Gründen (Schulen, Straßenbahn, Verwaltung usw.) möglichst an größere Ortschaften anzuschließen sei. Die wirtschaftlichste Hausform bei Siedlungen sei das Vierfamilienhaus, während die teuerste und auch älteste Form das einzelfamiliäre Einfamilienhaus sei. Oberregierungsrat Dr. Rüche vom Landeswohnungsbauamt lehnte in seinem Vortrag die Sozialisierung der Wohnungswirtschaft als unproduktiv ab. Die freie Wirtschaft sei unter den heutigen Verhältnissen (Kapitalmangel) ebenfalls unproduktiv. Er verlangte ein festes staatliches Bauprogramm und gemeinwirtschaftliche Orientierung der Bautätigkeit. Interessante Vorträge waren noch zu hören über die künstlerische Form der Stadt, über die Bodenreform, den Städtebau, die Entwässerung, die Straßenbahnen im Städtebau und andere mit dem wichtigsten Thema des Städtebaues zusammenhängende Fragen.

Umgehung eines Verbotens. Bekanntlich hat die sächsische Regierung die gesamte kommunistische Presse des Landes wegen Aufreizung verboten. Man würde die KPD schlecht kennen, wenn man nicht von vornherein damit rechnete, daß sie das Verbot umgehen würde. In der Tat erscheint denn auch eine „Neue Zeitung“ mit dem Untertitel „Republikanische Tageszeitung für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes“ in Chemnitz, die nichts anderes ist als die Fortsetzung des verbotenen „Kämpfers“. Sie führt sogar die Nummerierung fort, denn die beiden ersten Nummern dieser im „1. Jahrgang“ erscheinenden „neuen Zeitung“ tragen die Nummern 75 und 76.

Unterdrückung von Unterhaltungsgebern. Die ausgesperrten Bergarbeiter in Rauderode sind jetzt um eine bittere Erfahrung reicher. Ihr Führer Obitz, den die linksradikale Sozialdemokratie als einen der übrigen reklamiert und der mit Worten und Gewalt die Bergarbeiter von der Wiederaufnahme der Arbeit abzuhalten wußte, machte sich in einer Gastwirtschaft im Plaurischen Grunde im angetrunkenen Zustande durch auffallend große Gelbtausgaben verdächtig. Die von einigen ruhig gewordenen Gästen benachrichtigte Polizei stellte fest, daß das Geld, das Obitz und Genossen mit vollen Händen wegwarfen und vertranken, aus dem Fonds kamme, der in ganz Deutschland für die Bergarbeiter gesammelt worden ist. Die Polizei beschlagnahmte den Rest des Geldes und vor Gericht dürfte nun der Beweis dafür erbracht werden, wie dieser Arbeiterführer für seine hungrigen Kameraden sorgte.

Eine öffentliche Stadtverordnetenversammlung findet Freitag, den 13. Juni 1924, nachm. 8 Uhr im Stadtverordnetenversammlungssaal mit folgender Tagesordnung statt: 1. Beschaffung einer Anzahl von aus Anlaß des Stadtjubiläums herausgegebenen Festkränzen. 2. Erhöhung der Beteiligungsumme der Stadtgemeinde an der Bauhilfe. 3. Veränderung der Satzung des Stützverbandes sächsischer Gemeinden. 4. Delegation der Kreditanstalt sächsischer Gemeinden. 5. Beschaffung von Voltmetern. 6. Belieferung der Bahnwärterhäuser mit Wasser. 7. Besuch des Invalidenbundes „Invalid-

Neues aus aller Welt.

Verhaftung des Kriminellen. Am 8. Juni 11 Uhr abends wurde auf dem Gelände bei Mühlberg ein in einem Wohnwagen ein Verhafteter von einem Verhaftungsbeamten überfallen. Die Frau des Verhafteten, 4 Kinder und 1 Hund wurden gerettet. Die Untersuchung hat ein Verbrechen des Wagenrentners ergeben.

Ein schweres Unwetter. Gestern abend gegen 8 Uhr fiel ein Unwetter über die Gegend um Dresden an einem schrecklichen Hagelübergang mit einem Hagelregen aus. Das Unwetter dauerte um. Die Anwohner wurden eine kurze Weile von den Mächten mitgeschleift. Die Personen wurden getötet, Vieh schwer verletzt.

Ein Hochwasser. Die Stadt Chemnitz und Umgebung wurde in den letzten Monaten von vielen großen Überschwemmungen heimgesucht. Es wurde jetzt ein 18-jähriger Schiffsbau, der wegen einer Beschädigung aus seinem Elternhause entlassen war und sich in den Wäldern verborgen gehalten hatte, als Überschwemmung verhaftet. Er gestand, von Hunger getrieben, viele Einbrüche verübt und um die Güter zu verüben, die Gebäude in Brand gesetzt zu haben.

Eröffnung des Verkehrs nach Moskau. Der Eröffnung des Verkehrs nach Moskau ist in der Nacht zum Dienstag in die Luft gestartet worden. Die Automotoren wurden weit fortgeschleubert. Soldaten stiegen aus den in der Nähe liegenden Garnisonen herbei und leisteten die erste Hilfe. In weitem Umkreis ist die Luftstrasse abgesperrt. Es vermeldet, daß sich mehrere hohe politische Persönlichkeiten unter den Verunglückten befinden. Militärlinien und Militärschiffe durchkreuzten die Umgebungen nach den militärischen Zielen.

Verhaftung des Dampfers „Columbus“. Der Lloyd-Dampfer „Columbus“ unter Kapitän Johnson ist übermorgen

schlief in Newport eingetroffen. Die zweite Flotte stellt einen neuen Schnellsteigerer, trotz teilweise hohen Seegang, Sturm und starker Nebelbildung, dar. Die Stadt Southampton-Neuport, 8217 Seemeilen, wurde in sechs Tagen und 28 Stunden zurückgelegt; das bedeutet eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 19,17 Knoten.

Aufholungsleistung. Der Nürnberger Fußballklub errang gestern zum zweiten Male den deutschen Meistertitel gegen den Hamburger Sportverein mit 2:0.

Die Wagnersche Festspiele aus für dieses Jahr gestrichelt. In einer Aufschrift an die „Männchen Neuesten Nachrichten“ teilt Siegfried Wagner mit, daß der durch Ausgabe von Patronatscheinen zu je 1000 Mark vom Richard-Wagner-Konzertverein in Leipzig geschaffene Festspielstock die Festspiele nur für dieses Jahr ermöglichlich. Den Grund zu einem dauernden Wagnerschen Festspielstock zu legen, war bekanntlich der Mangel einer Amateure. Leider war, wie schon berichtet, das Ergebnis wider Erwarten schwach. Siegfried Wagner erhoffte ursprünglich 200 000 Dollar. Dann sprach man von 75 000 Dollar. Nun sagt Siegfried Wagner in seinem Briefe selbst: „Auch die Hälfte von 75 000 Dollar ist längst nicht erreicht.“ Dadurch ist aber der Anfang gemacht und ich bin guten Mutes. Allmählich wird schon das Ziel erreicht werden.

eines Berliner Psychologen und eines Medizins in Anspruch genommen. Nach glaubwürdigen Berichten ist es dem Mediziner gelungen, eine komplizierte Morbidität zu entdecken. Das Medizium ergab den durch Augenuntersuchungen ergebnen Sachverhalt wieder, aber auch Einzelheiten, die bisher noch nicht bekannt waren. Auch erkannte es im wachen Zustande die beiden Mörder wieder, die im Untersuchungsgefängnis untergebracht sind. An eine direkte Übertragung des Vorganges durch Beamte, die mit dem Kriminellen vertraut waren, ist nicht zu denken, da die Behörde nur solche Beamte zur Verfügung stellte, die von den bereits gemachten Augenuntersuchungen noch nichts wußten. Einflußlose Personen wie nur die Tatsachen feststellen, die Erklärungen für derartige Phänomene mag die Wissenschaft selbst geben. Es gibt eben noch vieles zwischen Himmel und Erde, was nicht sichtbar, meßbar und wiegbar ist.

Der Heiratsmittler mit den glänzenden Partien. Ein Kaufmann D. Costa aus Breslau gab bekannt, daß er für heiratslustige Herren stets Damen mit größerem Vermögen an der Hand habe. So sollte eine 80 000 Dollar und ein andere gar 600 000 Dollar besitzen. Auch eine mit 5000 englischen Pfund bot er an. Seine Tätigkeit beschränkte er aber darauf, daß er von jedem Bewerber 30 bis 40 Mark Vermittlungsgebühr einsteckte. Die reichen Heiratskandidatinnen existierten nur in seiner Phantasie.

Launen einer amerikanischen Schönheit. Aus Atlantic City wird berichtet, daß sich Peggy Joyce, die bekannte amerikanische Schönheit, jetzt, nachdem sie bereits dreimal von amerikanischen Millionären geschieden ist, zum dritten Mal verheiratet. Diesmal fiel ihre Wahl auf den in Amerika naturallisierten schwedischen Aristokraten Gösta Morner, der aus Chicago gekommen war, um bei ihr für einen reichen Freund zu werden.



UNSERE SCHUTZMARKE
FABRIK VON LEHRDE, LEHRDE & CO.

PROBET
Leßing
Wolfa 3.8
mit Gold, Doppelnormal
Swift 5.8
mit Gold, in Verpackung, Doppelnormal
Prara 5.8
rein lachende Edel-Zigarette

SIE
ÜBERTREFFEN ALLES
DAGEWESENE!

FRANKFURT AM MAIN



Johannes Süß
Korb- und Möbelfabrik
Aue 1. C., am Markt
Moderne
Korb- und Möbel
Große Auswahl!
Billige Preise!
• Mehrzweckzimmer •

Schütze Dein Heim und Eigentum!
Schloßsicherungen „Defensor“
Scherengitter :: Fenstergitter
Komplette Markisen
für Schaufenster und Balkone liefert prompt
J. Nebel, Kunstschmiede, Aue, Lindenstr.
Telephon 265.



Dr. Thompson's
Seifenpulver
trotz größter Waschkraft
garantiert unschädlich!

Dr. Thompson's Seifenpulver (Marke Schwan) das Paket 30 Pfg.

Erste Auer Dampfwäscherei
und Neuplätterei
für Kragen, Manschetten, Oberhemden, Hauswäsche.
Vierstundliche Wäschebereitung
Die Verwendung von Chlor oder sonstigen Bleichmitteln
ist unter Garantie in meinem Betriebe ausgeschlossen
Ca. 20 Annahmestellen in der Umgebung
Kleinst- und Leistungsfähigste Wäscherei des Erzgebirges
J. Paul Breßneider, Aue :: Fernruf 381.

Ein Dkd. Seidenflorstrümpfe
mit Seidengriff gratis
empfangen Sie bei Bestellung von 10 Duzend obengenannter Ware.
Verlauf gegen Bar oder Akzept von 10 Tagen.
J. Weber, Fabriklager von Jahnsbach i. Erzgeb. Telefon
Strumpfwaren, Jahnsbach i. Erzgeb. Nr. 91.



Matthes
Prima
Fettheringe
10 Stück nur 50 Pfg.,
feinste Gewürzquenen
Pfund nur 65 Pfg. bei
Paul Matthes, Schenkerstr.

Möbel
Polsterwaren
eigener Werkst.
Teilszahlung gestattet.
Damen- und
Herr.-Konfektion
Wäsche
Schuhwaren
Sport- und
Kinderwagen
Teilszahlung gestattet.
Paul Katz
Aue, Bahnhofstr. 34.

Apollo-Lichtspiele
Aue, Bahnhofstraße.

Donnerstag bis mit Sonntag, den 12. — 15. Juni, erscheint das schönste
Ideenreichste, best inszenierte Groß-Film-Werk

Rummelplatz des Lebens



„Das goldene Wien“
Wie es leuchtet — lebt — weint.
Ein Licht- und Schattenbild aus Wiens goldener und eiserner Zeit in 8 Akten.
Durch die Handlung zieht sich der Liebestraum eines jungen Mädchens
aus dem Volke, das seine schönen Augen zu einem jungen Grafen erhebt,
der es Liebesglühend in sein Herz geschlossen, dessen hohe Stellung ihm
jedoch zu einer Konvention-Ehe zwingt.

Hierzu: **Der Eddi Polo Abenteuer-Film**
„Ein Ritt zum Rancho“. Wild-West-Abenteuer.
Wochentags Anfang 6 und 7/9 Uhr, Sonntags 1/3, 1/7 und 7/9 Uhr.
Einfache Preise. Einfache Preise.

Carola Theater
Lichtspiele
Wettinerstr. 15 Aue i. Erzgeb. Wettinerstr. 15

Donnerstag bis Sonntag!
Gräfin Agnes Esterhazy und Harry Liedtke
die Lieblinge des Kinopublikums in dem neuesten Werk allererster Klasse

„Ein Traum vom Glück“

Der Roman einer Ballettuse in 8 Akten.
Weitere Hauptdarsteller: Eschl Elliot, Claire Rommer, Ferdinand von
Alten, Fritz Kampers, Harry Hardt u. a. m.
Die gesamte Fachpresse bezeichnet diesen Film als ein
Meisterwerk der Filmetechnik.

Außerdem der urkomische Harry **Harry's Badetag** Lustspiel in
Sweet, in dem neuesten Schlager 2 Akten.
Beginn der Vorstellungen: Wochentags 6 Uhr, Sonntags 1/4 Uhr.

Akad. Kurse
für Schneider:
Schneidlehren, Zuschneiden u.
Anfertigen eigener Garderobe
auch für Knaben u. Mädchen.
für Weißbäden:
Schneidlehren, Zuschneiden u.
Anfertigen eigener Wäsche.
In 3 Abteilungen: Vormittags,
Nachmittags u. Abends.
Höhere Zukunft durch
Handverlei,
Auerhammer 8AA
neben Schneidermeister Martin.
Anmeldungen bis 25. Juni erb.

Zöpfe
festigt lauber und gut von
bezuggebenen Haaren unter
Garantie der Verwertung
Stern & Gauger
Zöpfe- u. Perückenfabrik, Aue
Wettinerstr. 46, am Wettinplatz

Tauschermühle b. Aue. **Möbl. Zimmer**
Süß
Mittwoch **Reunion.** an sol. Herrn zu vermieten,
Auerhammerstr. 24, 1. Etg.